PLATIFORM

KLIMA-PN 2/2007

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE) · SEPTEMBER 2007 · EURO 2,-

Atomkraft: nicht Lösung, sondern Teil des Klimaproblems

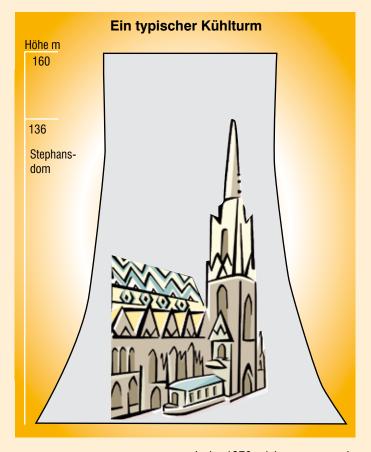
37° C*

"Ein Atomkraftwerk ist ein Wärmekraftwerk", hieß ein beliebter Spruch der Atombefürworter schon in den 1970-80ern, um zu suggerieren, wie harmlos AKWs seien. In puncto Klimawandel ist dieser Spruch - der richtig ist aber Wesentliches ungesagt lässt – recht interessant. Jedes Wärme(groß)kraftwerk produziert ungeheure Mengen Abwärme, Atomkraftwerke proportional sogar noch mehr, da ihr Wirkungsgrad mit rund 33% noch niedriger liegt als iener von Kohle- oder Gaskraftwerken.

AKWs verstärken den Treibhauseffekt

In Olkiluoto (Finnland) wird gegenwärtig am ersten Reaktor "der dritten Generation" gebaut, dem ersten "European Pressurized Water Reactor" (EPR), kurz und symbolträchtig auch "Euroreaktor". Von einem solchen Kernkraftwerk mit einer elektrischen Leistung von 1600 Megawatt (MW) und einem Wirkungsgrad von rd. 33% verpuffen zwei Drittel der umgewandelten Energie, das sind 3200 MW, ungenutzt in die Umwelt und belasten Wasser und Luft. Jedes AKW verschlimmert daher den Treibhauseffekt und damit die Klimaproblematik: diese umfaßt mehr als "nur" die

CO2-Belastung - auf welche die Atomindustrie die Klimadebatte einengen will. Auf diesen Beitrag zur Klimabelastung - und nicht deren Linderung - durch die Kernkraft wies etwa der Mathematiker, Statistiker und "Hochrechner der Nation" bei Bundeswahlen, Univ.-Prof. Dr. Gerhart Bruckmann, bereits 1978(!) im Vorfeld der Volksabstimmung über das österreichische AKW Zwentendorf hin. Im Buch "Sonnenkraft statt Atomenergie" sprach er die Klimaproblematik bereits gezielt an: "Vor allem aber handelt es sich bei Kernkraftwerken genauso wie bei Fossilkraftwerken um eine Freisetzung gebundener Energie, also um eine zusätzliche Wärmezufuhr an der Erdoberfläche; selbst wenn Kernkraftwerke in ihrem Betrieb vollkommen unproblematisch wären, kann die mit ihrem Einsatz notwendig verbundene Freisetzung von Wärme langfristig zu schwersten klimatischen Störungen führen. (...) ja, man könnte sogar sagen, dass die Kernenergie viel gefährlicher wäre, wenn sie ungefährlich wäre, denn dann würde die Menschheit von heute umso unbedenklicher ein Kernkraftwerk nach dem anderen errichten" – mit Freisetzung entsprechender Unmengen der im Uran gebundenen Wärmeenergie. (Seite 111)



Bei Atomausbau: vom Klima- zum Wasser-Alarm

Angesichts des damals noch erwarteten starken Atomausbaues in der Bundesrepublik Deutschland prognostizierte schon in den 1970ern das dortige Innenministerium in "Umwelt" Nr. 50/1976: "Der Kühlwasserbedarf wird (...) von ca. 15 Mrd. m³ auf fast 49 Mrd. m³ anwachsen." Dann sei die Kühlkapazität der Oberflächengewässer erschöpft. Und: "Das sind dann 73% des gesamten Wasserbedarfs aller Verbrauchssektoren und etwa das 100fache des Wasserbedarfs der Landwirtschaft."

In den 1970er Jahren waren - wie so viele – auch die Warnungen vor Wasserverknappung noch in keiner Weise ins allgemeine Bewußtsein oder gar der Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik gedrungen. Dennis Meadows' Bericht an den Club of Rome, "Die Grenzen des Wachstums", wurde von den Machern negiert, bekämpft, letztlich geradezu lächerlich gemacht. Heute wird vielen augenblicklich klarer werden, was eine "Renaissance der Kernenergie" allein schon für den Wasserhaushalt der betreffenden und benachbarter

Fortsetzung Seite 2

^{* 37°} C – da beginnen Badewannentemperatur und menschliches Fieber. Und das ist die Temperatur, auf die das Wasser im Kraftwerks-Kühlkreis aufgeheizt wird.

Staaten bedeuten würde. Große Wärmekraftzentralen mit dem Wasserverbrauch und der Abwärme von Millionenstädten haben allein aus diesem Grund keine Zukunft. Und jene mit dem weitaus geringsten Wirkungsgrad, die AKWs, schon gar keine.

Noch dazu: zunehmendes Kühlproblem im Sommer – das Atomstromland muß importieren!

Es vergeht praktisch kein Sommer mehr, ohne daß eine Reihe französischer AKWs Probleme mit mangelnder Wasserführung der Flüsse bekommen. Ein Teufelskreis: Der Klimawandel verstärkt die Perioden von extremer Hitze, Trockenheit und Wassermangel. Es wird eng, nicht selten zu eng, für die Kühlung der großen Stromzentralen. Zusätzlich geben diese - siehe oben - gigantische Mengen Abwärme an die Umwelt ab. Vor allem in den Ballungszentren steigt dann der Stromverbrauch durch Klimaanlagen sprunghaft an - ein Bedarf, der wie bei der E-Heizung im Winter zwecks Absatzsteigerung von der E-Wirtschaft durchaus auch noch gefördert worden ist (bekanntlich auch in Österreich, > vgl. Faksimile, S. 3). Die Schere geht immer weiter auf, die Atomstromversorgung beißt sich selber in den Schwanz: gerade wenn unverantwortlich selbstverursachter Stromverbrauch steigt, geht die Kraftwerksleistung aufgrund mangelnden Kühlwassers zurück. So mußte im Sommer 2006 das Atom-Eldorado Frankreich große Strommengen importieren – trotz seinen riesigen, unwirtschaftlichen AKW-Überkapazitäten: installierte Kraftwerksleistung 120.000 MW, bei einer bisher höchsten je benötigten Leistung von 87.000 MW. Der Import kommt übrigens besonders teuer, da bei solcher Hitze und Trockenheit Strom in Europa überhaupt knapp ist.

Abwärme, Amöben, Chemie: Behörde drückt Auge zu

Dabei senken die französischen Behörden ohnehin stets bereitwillig die Auflagen für die AKWs: So darf die Rhône, der kühle Alpenstrom, unterhalb des AKW Bugey nach Mischung mit dem Kühlwasser dann 27 Grad Celsius warm sein, die vier Meiler von Golfech bei Toulouse dürfen die weniger mächtige Garonne auf 30° C aufheizen. Mit all dem verschärft sich dann auch noch ein kaum beachtetes "Neben"problem: Im Amtsblatt der Republik Frankreich vom 28. Mai 2004 etwa wurden ministerielle Bescheide veröffentlicht, mit denen fünf AKW-Standorten "massive Chlorierung" genehmigt wurde, um die Vermehrung von Amöben und Krankheitskeimen im aufgeheizten Kühlwasser in Grenzen zu halten. Die für Umwelt und Gesundheit schädlichen Mikroorganismen, das Chlor sowie weitere chemische Abgaben der Reaktoren ins Kühlwasser schaffen ihrerseits an allen diesen Flüssen ein - zunächst unsichtbares - Problem für die Landwirtschaft. die an den "AKW-reichen" Flüssen Rhône, Garonne, Loire riesige Mengen an Naß zur Bewässerung entnimmt.

Bei all dem ist Frankreich ein Land mit relativ ausgeglichenem Klima und Wasserreichtum: eine lange Atlantikfront, zahlreiche Hoch- und Mittelgebirge, von denen das Zentralmassiv überhaupt als *château d'eau* (Wasserturm) des Landes gilt. Man kann ahnen, wie verschärft das Kühlungsproblem der AKWs in Ländern des Südens aufträte, wenn die wiederaufgefrischten Pläne der Atombesessenen Wirklichkeit würden, die sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer möglichst mit AKWs zu beglücken.



VERSAGER

"(...) mußte der Konzern (Electricité de France) die staatliche Genehmigungsbehörde bitten, für 'kurze Zeiträume' und 'unter strenger Überwachung der Folgen für Tier- und Pflanzenwelt' (...) die Grenzwerte für die Aufheizung des Kühlwassers überschreiten zu dürfen." –

"Eine Hiobsbotschaft für Naturschützer", denn die Lebewesen ertragen Schwankungen ihrer Lebensbedingungen nur in engen Grenzen, auf die sie durch jahrtausendelang etwa gleiche Bedingungen eingestellt sind. Wer sich das schwer vorzustellen vermag, wird es selbst am flexibleren, aus den "Zwängen der Natur" oft "befreit" gewähnten Menschen feststellen: er braucht dazu nur die übliche Temperatur seines Badewassers um 5° C zu erhöhen – und wird es kaum aushalten.

(Quelle: Frankf. Rundschau, 28.7.2006)

Das Märchen von der CO₂-freien Atomkraft

"Atomkraft ist Klimaschutz", lautet einer der Leitsprüche, mit dem ihre Verfechter für einen Atomausbau werben. Jedoch ist Atomstrom weder $\rm CO_2$ -frei noch nachhaltig.

Atomkraftwerke emittieren zwar selbst kaum Treibhausgase. Doch die gesamte atomare Brennstoffkette vom Uranerz bis zur "End"lagerung erfordert hohen Energieeinsatz, der nicht CO₂-frei zu haben ist. Der deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel stellte am 24. April ds.J. aufgrund neuer Berechnungen des Öko-Instituts Darmstadt fest:

KKW-Abwärmeproblem lösbar?

Sporadisch argumentieren Atombefürworter, die Abwärme von Kernkraftwerken könnte zur Fernwärmeversorgung von Ballungsräumen genutzt werden. Mitnichten:

- Die Dimensionen möglicher Atomunfälle lassen es nicht zu, AKWs nahe an Ballungszentren zu bauen. Damit sind sehr lange Fernwärmeleitungen mit entsprechenden Kosten und Energieverlusten zwangsläufig.
- Beim Ausfall des AKWs wäre der gesamte versorgte Ballungsraum ohne Wärme.
- 3. Es könnte nie ausgeschlossen werden, daß durch Dampferzeuger-Lecks geringe Mengen radioaktiver Stoffe in den Dampfkreislauf geraten, und damit in die Haushalte und Industriebetriebe.



Im Sommer 2003 "stellte der Stromversorger (Electricité de France/EDF) den Betrieb in 17 von seinen 58 Reaktoren ein oder reduzierte deren Leistung." (Quelle: The Globe and Mail, 28.6.2007)

"Der Staatsbetrieb EDF, der gewöhnlich Strom exportiert, mußte auf dem freien Markt Energie zu Preisen zukaufen, die bis zu zehn Mal höher lagen als der übliche Sommerpreis."

Die Hitzewelle im Sommer 2003 hatte zu Niedrigstwasserstand der Flüsse.und so zum Herunterfahren vieler französischer Reaktoren geführt. Besonders pikant: Electricité de France kaufte so im Grunde von der Schweiz, Deutschland, Italien seinen eigenen, billig exportierten Strom zum vielfachen Preis zurück. Das ist nur eine der Meisterleistungen des tout nucléaire, jener seit den 1970ern mit allen Mitteln durchgesetzten Energiepolitik des zentralistischen Staates, in der "die zentralistische EDF (...), anders als die europäischen Nachbarn mit ihren regionalen und lokalen Strukturen, nahezu ausschließlich auf den Atomstrom" setzte. Und "alle anderen Produktionsstätten vernachlässigte, von Erneuerbaren Energien (...) ganz zu schweigen." (Quelle: Frankfurter Rundschau, 28.7.06)

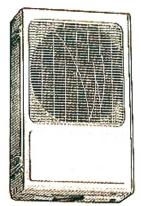
Roman David-Freihsl

Während andere Arten klimabedingt elendiglich die Patschen strecken, explodiert die Population dieser Spezies geradezu. Denn sie lebt in direkter Symbiose mit dem Klimawandel: Wird es heißer, vermehren sich die Klimageräte sprunghaft – und sorgen gleichzeitig mit ihrem Stromverbrauch dafür, dass der CO₂-Ausstoß stetig anwächst.

Die heutige Generation der Klimageräte findet einen Lebensraum vor, der sie prächtig gedeihen lässt. Oder besser gesagt: der sie zu einer Energie fressenden Mutation verkommen ließ. Denn die Vorfahren der heute vor sich hin surrenden Familie der Temperaturregler waren noch viel einfacher und im Grunde viel eleganter in Erscheinung getreten. In historischen Gebäuden kann man sie noch bewundern. Damals hießen die Klimaanlagen zunächst einmal "Baumasse". Schöne dicke Mauern, die auch als Wärmebeziehungsweise Kältespeicher dienten.

Mit der Alhambra, die über dem spanischen Granada

Was Kühlung schafft, wird zum Klimakiller



Die Spezies Klimagerüt: Steigen die Temperaturen, explodiert ihre Population. Foto: EPA

thront, zeigte bereits die maurische Hochkultur der Nachwelt, wie man auch in sengender Hitze ohne viel Energieeinsatz angenehme Raumtemperaturen bekommt: Zur "Baumasse" kamen dort noch ein ausgeklügeltes System von Schattenspendern und immer wieder kühlende Brunnen und künstliche Wasserläufe.

Im Vergleich dazu ist so ein herkömmliches Klimagerät aus dem Baumarkt wahrlich eine recht plumpe Schöpfung. Aber die könnte mit relativ einfachen Verhaltensregeln noch recht schnell ausgerottet werden – auch ohne perfekt gedämmtes Passivhaus: Am kühlen Morgen kurz lüften und dann tagsüber die Fenster zu und die Rellos herunter.

Wäre da nicht die jüngste Zucht der Energievernichter, die sich als "moderne Hochhaus-Architektur" vermehrt: Schlecht isolierte Glaspaläste. Außen von der Sonne und drinnen von den Computern aufgeheizt- im Vergleich dazu hat eine Wellblechhütte sozusagen die Energieklasse A.

Wem die "atten" Lösungen zu fad sind, für den gibt es übrigens auch etwas wirklich Neues: solare Kühlung. Diese neue Spezies wird sogar in Österreich gezüchtet: Schließlich ist es das steirische Unternehmen S.O.L.I.D., das das olympische Dorf in Peking mit Klimaanlagen ausstattet, die mit der Kraft der Sonne betrieben werden.

bilanz hat ein Biomasse-Blockheizkraftwerk (Strom+Wärme aus Holz, Biogas)". (Nach Strahlentelex, Nr. 490-491/2007; Studie Öko-Institut Darmstadt unter www.bmu.de/atomenergie/downloads/doc/39227.php)

Dazu kommt: Uran ist begrenzt. Dieses Faktum verschärft bei Atomausbau zum einen die Umwelt-/Klima-Belastung, zum anderen stellt es die langfristige Verfügbarkeit und die ohnehin fragwürdige Wirtschaftlichkeit des Atomstroms in Frage. Denn die zur Zeit bekannten Uranvorräte könnten ohne die ihrerseits hochproblematische Wiederaufbereitung des Reaktormülls den Bedarf der existierenden AKWs gerade bis zum Jahr 2030 decken. Noch nicht erschlossene Vorräte könnten noch für weitere 30-40 Jahre reichen. Je mehr der Atomausbau Wirklichkeit würde, umso rascher würden sich die Uranlagerstätten erschöpfen. Und umso mehr müßten Erze mit immer niedrigerem Urangehalt ausgebeutet werden. Die Folge: noch viel höherer Energieeinsatz, v.a. fossil, für die Urangewinnung als bisher.

Mehr AKW erhöhen das Risiko für Atomunfälle und für terroristische Attacken

Zwar sind neue Reaktoren sicherer gebaut als die bestehenden AKW, durch die größere Anzahl würde diese Verringerung des Risikos jedoch wieder aufgehoben. - Mit mehr Atomanlagen züchten die reichen Industriestaaten Bedrohungen gegen sich selbst regelrecht heran: neue Atomwaffenstaaten und terroristische Angriffe auf Atomanlagen und mit Atommaterialien. Gegen welche sie dann das massive Einschreiten beschwören: mit Kriegen und Chaos nach außen und immer stärkerer Überwachung, Militarisierung und Demokratieabbau nach innen. Es fällt auf, daß gerade jene, die sich als "die" Terrorismus-Bekämpfer in der Welt gebärden – Bush, Blair, Putin, Sarkozy, Australiens Premier Howard noch und noch solchen Terrror-Nährboden schaffen (> Vgl. aktuell Sarkozys Frankreich-Libyen-Deal, S. 5).

Kohlendioxid (CO ₂) aus Energieerzeugung in Deutschland	pro Kilowattstunde (in Gramm)
Atomstrom (je nach Herkunft/Abbaubedingungen des Urans)	31 – 61
Windkraft	23
Wasserkraft	39
Fotovoltaik (Solarstrom / Paneel-Erzeugung, Siliziumgewinnung)	89

"Atomstrom ist keineswegs CO₂-frei, (...). Denn bei der Urangewinnung werden zum Teil erhebliche Treibhausgasmengen freigesetzt, die weit über denen der erneuerbaren Energien wie Windkraft, Wasserkraft oder Biogas liegen. Auch ein Blockheizkraftwerk auf Erdgas-Basis kann mit der CO₂-Bilanz von Atomstrom 'locker mithalten'."

"Betrachtet man zudem, daß jeder Haushalt neben Strom auch Wärme benötigt und es erheblich effizienter ist, die Abwärme bei der Stromproduktion zu nutzen, relativiert sich der vermeintliche Klimaschutzvorteil des Atomstroms weiter. Denn wer Atomstrom bezieht, muß seinen Wärmebedarf anderweitig decken. (...) Die mit Abstand beste Klima-

Atomenergie - sie kann es einfach nicht! ...

Könnte die Atomenergie überhaupt einen ernsthaften Beitrag zum Klimaschutz leisten?

Derzeit sind weltweit rund 440 Atomkraftwerke in Betrieb. Sie tragen 17 Prozent zur weltweiten Elektrizitätserzeugung bei. Der Anteil der Elektrizität am Gesamtenergiebedarf der Endverbraucher beträgt 16 Prozent: 17% von 16% = 2,7%. Atomstrom deckt also ganze 2,7 Prozent des weltweiten Endenergiebedarfs! (Angaben, die Kernenergie trage 6-7% zur weltweiten Energieerzeugung bei, beziehen sich auf den Energiegehalt der eingesetzten Primärenergie: Da das Uran im Reaktor – siehe S. 1 – aber nur zu maximal

1/3 ausgenützt wird, 2/3 daher für den Endverbrauch verloren sind, geben die 2,7% den Beitrag der Atomkraft zur Bedürfnisdeckung der Menschheit viel richtiger wieder.) Wenn in den 40 Jahren zwischen 1965 und 2005 (zusammen mit den inzwischen stillgelegten) kaum über 500 kommerzielle Atomreaktoren in Betrieb genommen wurden, wie sollten bis 2050 auch nur doppelt so viele betrieben werden, wenn dann alle heute laufenden auch noch ersetzt sein müßten! Das heißt, daß sich der Anteil der Atomkraft an der Deckung des

weltweiten Gesamtenergiebedarfs auch nur auf 5% emporschwingt, ist extrem unwahrscheinlich.

Kurz, der Ausbau der nuklearen Kapazitäten ist der teuerste und langsamste Weg zur Eindämmung der CO₂-Belastung, zumal er mit zunehmenden eigenen CO₂-Emissionen (immer mehr fossile Energie für immer schwächeren Urangehalt im Erz) einhergeht und den Treibhauseffekt mit gigantischen Abwärmemengen erhöht. Atomenergie kann den Klimawandel nicht stoppen. (Dazu Grafik S. 4)

Weltweiter **End**energieverbrauch = 100%

Anteil Strom = 16%

Anteil A-Strom

Anteil Elektrizität am weltweiten Energiebedarf (100%) der Endverbraucher = 16 %

Anteil Atomstrom an der weltweiten Elektrizitätserzeugung =17 %

d.h. 17% von 16% von 100% = 2.7%.

Atomstrom deckt also ganze 2,7 Prozent des weltweiten Endenergiebedarfs!

Regierungen gegen Atomkraft

Dublin - Die Nutzung der Atomkraft ist keine Lösung für die globale Klimakatastrophe. Das hielten die Umweltminister von Österreich, Island, Irland und Norwegen in einer gemeinsamen Sitzung in der irischen Hauptstadt fest. In einer nach ihrem Treffen veröffentlichten Erklärung sagen die vier Minister der AKW-freien Länder, dass die mit der Atomkraftnutzung verbundenen Risiken und Probleme es verbieten würden, die nukleare Option als saubere Alternative zur Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen zu propagieren. Auch nach 50 Jahren der Atomkraftnutzung bleibe insbesondere das Abfallproblem ungelöst. (> Siehe auch offizielle ö. Studie unter PLAGE-BUCH, S. 8.)

(Quelle: KlartextEnergie, Schweiz, 6/07)

Die Atomausbau-Illusion – Punkt für Punkt*

Die krasse Überschätzung des Stellenwertes der Atomkraft zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte. Daß sich seit der allgemeinen Atomeuphorie der 1950-60er der "Geist aus der Flasche" in den Köpfen vor allem der Machthaber bis heute gehalten hat, läßt sich mit einer Vielfalt von Faktoren erklären, dürfte seinen tiefsten Grund aber immer noch in der Faszination "des Atoms" als Instrument der Macht haben – von Bush-USA bis Iran, von Putin-Rußland bis Blair-GB und Chirac/Sarkozy-Frankreich. Das angesichts des mickrigen Beitrags der Atomenergie zur Deckung des Energiebedarfs (2,7% weltweit) groteske Aufblasen ihrer Bedeutung durch viele Regierungen schlägt zwangsläufig auf die Medien und auf die Bevölkerung durch: Umfragen in Deutschland ergaben schon 1979 ziemliche Atomskepsis, gleichzeitig aber glaubte noch die Mehrheit, daß die Atomenergie im Jahr 2000 die bedeutendste Energiequelle sein würde. Und 1999 glaubten 42% der Deutschen, Atomenergie werde mittelfristig einen bedeutenderen Beitrag zur Energieversorgung leisten als Kohle und Öl. Die Wirklichkeit: Anteil an der Stromerzeugung in Deutschland bei 30%, an der Deckung des Endenergieverbrauchs 5,4%.

Punkt für Punkt:

- Prognose der IAEA im Jahr 1974 für das Jahr 2000:
 Weltweite AKW-Kapazität 4500 GW, tatsächlich jetzt installiert 367 GW.
- 1974 waren in USA AKW mit 228 GW in Betrieb, im Bau oder bestellt.
- 2007 sind in USA 98 GW in Betrieb, keines im Bau, eines bestellt.
- Seit 1986 gab es Bestellungen für neue AKW außer je einem in Finnland und Frankreich und jetzt USA – nur noch in 7 asiatischen Ländern.
- Ein substanzieller Beitrag der Atomenergie verlangt Ausbau der Atomenergie weltweit, damit der Anteil des Atomstroms am weltweiten Stromverbrauch von derzeit 17 % auf 50 % stiege, und der Anteil am Gesamtenergie-Endverbrauch von 2.7 % auf 10 %.
- Aber 205 der 236 Staaten haben/wollten bisher keine AKW, warum sollten fast alle nun AKW bauen?
- Was bedeutet das für Atomwaffen-Profileration? Würden die Waffenstaaten, insbesondere USA, den Aufbau atomarer Infrastruktur in fast allen Regionen der Welt tolerieren? (Siehe Iran, Nord-Korea.)
- Investitionen in AKW kosten je kW Leistung ca 5 mal mehr als die in hocheffiziente GuD-Kraftwerken. Wie könnten Entwicklungsländer das finanzieren?
- Fazit: Das Ausbauszenario ist unrealistisch.

* Nach dem Vortrag "Atomenergie: unverantwortliche Bedrohung – marginale Potenziale für Klimaschutz" von Prof. Klaus Traube, früher Entwicklungsleiter für den deutschen Schnellen Brüter, jenen Reaktortyp, der lange als der fortgeschrittenste überhaupt galt. Traube kennt also die Heilsversprechen der Atomzunft, an denen er sich eine Zeitlang selbst beteiligte, in- und auswendig – umso glaubwürdiger ist seine Demontage dieser Versprechungen.



Mit seltener Klarheit wurde in den OÖN vom 10.5. Punkt für Punkt angesprochen, warum die Atomkraft das Klimaproblem nicht lösen kann. Ergänzen möchte ich, dass zwar der Betrieb selbst CO2-frei verläuft, aber der gesamte Brennstoffzyklus, vom Uranbergbau angefangen bis zur Wiederaufarbeitung, unverhältnismäßig hohe Umwelt- und Klimabelastungen zur Folge hat.

Die UN-Klimaberichte suggerieren die Hoffnung, der Klimawandel wäre in den Griff zu kriegen, ohne dass wir in unseren Breitegraden auf Wohlstand verzichten müssten. Bis man sich aber auf allen Ebenen zusammengestritten haben wird, wird das Wasser schon beim Mund

hereinrinnen. Ich biolt hereinrinnen. Ich hielte es für hilfreich, wenn wir uns jetzt bereits (auf hohem technischen Niveau) auf einen Lebensstandard der Nachkriegs- und Aufbaugeneration einstellen. Wir billigen allen Menschen großzügig nur deshalb unseren hohen Lebensstandard zu, um ja selber nicht heruntersteigen zu müssen. Warum ist es so abwegig, sich wieder mit einem niedrigeren materiellen Wohlstand vertraut zu machen? Das ist keine Katastrophe, würde neue Solidarität schaffen und viele Auswüchse von heute einbremsen. Eine Katastrophe wäre es zu glauben, es könnte wie bisher weitergehen.

> Friedrich Witzany, St. Florian b. Linz (Langjährig aktiv im Naturschutzbund OÖ, Oö. Plattform gegen Atomgefahr u.a.), witzany@karrernet.at

Zuteilung von CO₂-Marken zwecks Klimaschutz?

Einen interessanten, bedenkenswerten Vorschlag zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes gibt es auf der Homepage **www.Die-Violetten.at.** Das Ziel ist eine BÜRGERINITIATIVE für den Klimaschutz durch die Einführung von CO₂-Marken.

STELLENAUSSCHREIBUNG

PLAGE-Sekretärin werden?

Wir suchen eine Sekretärin für das PLAGE-Büro im Ausmaß von 20 Stunden. Das Aufgabengebiet ist umfassend und interessant. Kenntnisse sind erforderlich auf dem PC, in der Adressverwaltung, Schriftwechsel etc. Weiters sind gefragt Kontaktfähigkeit, Zusammenarbeit und Organisationstalent - zur Unterstützung des Obmannes und der Hauptakteure, die ehrenamtlich arbeiten.

NOT SUOIS DEUTSCHLAND

Klimawandel schafft neue Arbeitsplätze

Der Klimawandel hat auch seine guten Seiten: Der Arbeitsmarkt bietet große Chancen für Umweltexperten. Laut VDI-Nachrichten gibt es sogar ein "grünes Wunder am Arbeitsmarkt" und einen ökologischen Wirtschaftsboom. Zahlen unterstützen diese These: Nach einer Untersuchung der Unternehmensberatung Roland Berger http://www.rolandberger.com wird die Umwelttechnik im Jahr 2030 eine Bio. Euro Umsatz machen. Bereits im Jahr 2020 werde die Öko-Branche mehr Menschen beschäftigen als der Maschinenbau oder die Automobilindustrie. Doch nicht jeder Bewerber bekommt auch einen Arbeitsplatz, denn die Anforderungen werden immer höher, sagt Norbert Steinhaus, Arbeitsmarktexperte beim Wissenschaftsladen Bonn http://www.wilabonn.de. Um rund 14 Prozent stieg die Zahl der Stellenangebote für Umweltspezialisten von 2005 auf 2006. Für das Jahr 2007 zeichne sich eine weitere Steigerung ab, betont Steinhaus: "Vor allem das starke Wachstum im Bereich der Erneuerbaren Energien sorgt für die anhaltend große Nachfrage nach Umweltspezialisten insgesamt." (...) (Quelle: pte/24.05.2007)

NOT SNOTS INTERNATIONAL

"Dass Sarkozy nun Diktator Gaddafi auch noch ein Atomkraftwerk versprach, löst hier sogar Entsetzen aus." So reagierte laut Kurier vom 29.7.2007 die deutsche Regierung auf den Deal, mit dem Frankreichs Staatspräsident Sarkozy (1) sich im letzten Moment einfach auf die langen Bemühungen der EU (Kommissarin Ferrero-Waldner) draufsetzte, (2) der französischen Atomindustrie einen Auftrag anbahnte, (3) das als humanitären Akt für die verurteilten bulgarischen Krankenschwestern verkaufte, was (4) in Wirklichkeit einem weiteren irrlichternden Atomwaffenstaat den Weg ebnet. Wie schon im Iran Ahmadinedschads in Reaktion auf die "Achse-des-Bösen"-Politik der Bush-USA, wird der Eindruck verstärkt: "Atomkraftwerke gehören ab jetzt zum Prestige jedes Despoten." Deshalb gilt der Regierung in Berlin das mit der AKW-Zusage an Libyen von Sarkozy gesetzte "Zeichen als verheerend".

Greenpeace Frankreich erinnerte daran, daß Frankreich bereits unter Vorgängern von Präsident Sarkozy (bes. Giscard d'Estaing und Jacques Chirac) Atomdeals mit dem diktatorischen Schah von Persien (Iran), mit dem Tyrannen Saddam Hussein (zB Forschungsreaktor Osirak) und mit dem Südafrika der Apartheid-Ära geschlossen habt. Nicht zu vergessen, daß auch Israel seine Atombomben dem weitgehend mit geheimer staatlicher Hilfe Frankreichs gebauten Reaktor von Dimona verdankt.



Das französische Atomgegnernetzwerk Sortir du Nucléaire wies auf das ebenso banale wie offensichtliche Faktum hin, daß Libyen mit seinem Öl- und Gasreichtum weitestgehend energieautark ist. "Will es seine Energiequellen diversifizieren, bietet sich logischerweise die Sonnenenergie zur vorrangigen Nutzung an."



VERSAGER

"Frankreichs Staatspräsident verspricht dem früheren Terrorpaten Gaddafi den Bau eines Atomkraftwerks und heimste so ungeniert das Entgelt für die Befreiung der bulgarischen Geiseln in Libyen ein." (DER SPIEGEL, 30.7.2007)

"Sarkozy ist rücksichtslos, nationalistisch, primitiv."

– Die Opposition im Deutschen Bundestag zum Abkommen des französischen Staatspräsidenten mit Libyens Diktator Muhammar Gaddafi, das die Lieferung mindestens eines Atomkraftwerks an den nordafrikanischen Staat vorsieht und die Gefahr der Weiterverbreitung von Grundmaterial für Atomwaffenbau weiter vermehrt. Nur intensiver internationaler Druck konnte die Versuche Libyens unter Gaddafi stoppen, schon in den 1980-90er Jahren an solches Material heranzukommen. Daß Sarkozy dem Diktator nun wie auf dem Silbertablett das offeriert, was diesem zuvor durch jahrelange internationale Bemühungen gerade noch verwehrt werden konnte, ist ein umso verantwortungsloseres Spiel mit dem Feuer. (Quelle: Kurier, 29.7.2007)

"Iran darf sich von Sarkozy viel erwarten."-

Das "folgert begeistert ein hoher Beamter des Außenministeriums" in Teheran aus dem von Frankreichs Präsidenten und Gaddafi vereinbarten Atomhandel. "Dieses Atomabkommen zwischen Frankreich und Libyen ist eine äußerst gute Nachricht für Iran!" Kein Wunder, wenn für den iranischen Chef-Diplomaten in den Verhandlungen um Irans Atomprogramm (die Urananreicherung) Ali Laridschani, für sein Land "wichtiger ist als die Luft zum Atmen". Ein Ausspruch, der in seiner Irrheit an jenen des pakistanischen Präsidenten Bhutto vor mehr als zwei Jahrzehnten erinnert: Pakistan wird die Atombombe kriegen, "und wenn das Volk Gras fressen muß"! (Quelle: Nouvel Observateur, 2.8.2007)



SAGER

"Wir verkaufen nicht mit der einen Hand Ökostrom und produzieren mit der anderen Atomstrom." (Eric NUSSBAUMER, Geschäftsführer des Schweizer Ökostromerzeugers ADEV, ADEV-aktuell, April 2007). Auf die konventionellen Stromversorger in Österreicher umlegen läßt sich diese Aussage leider nicht: gilt hier umgekehrt: "Wir produzieren mit der einen Hand Ökostrom und verkaufen mit der anderen Atomstrom" – den sie aus dem europäischen Netz zukaufen. Auskommen kann man als Stromkunde/kundin dem, indem man zur Oekostrom AG, oder zur Alpen Adria Energie (AAE) wechselt: www.oekostrom.at, www.aae-energy.com/. (> Siehe PN 1/2007.)

"Gäbe es einen freien, fairen Markt in der Stromwirtschaft, müssten alle 152 europäischen Atomkraftwerke sofort Konkurs anmelden." – Red. Ernst SCHREIBER in ökoenergie, März 2007, im Zusammenhang mit den wettbewerbsverzerrenden Privilegien der Atomindustrie: direkte und indirekte staatliche Subventionen seit Jahrzehnten, Löwenanteil am öffentlichen Geld für Energieforschung in der EU (im gegenwärtigen 7. Forschungsrahmenprogramm ebenso wie in allen vorhergehenden), lächerliche Haftpflichtbeträge für atomare Schadensfälle.



8. November 2006

Energy Globe Award 2006 für Solarkocherprojekt

Wir freuen uns, dass wir mit dem von INTERSOL mitgetragenen PLA-GE-Schulprojekt zur Finanzierung von Solarkochern in Indien den Energy Globe Award - Salzburg in der Rubrik Jugend gewonnen haben!

Eine wirklich schöne Anerkennung für die Arbeit und das Engagement von

 Schülerinnen und Schülern - und LehrerInnen von insgesamt
 Schulen in Salzburg und Oberösterreich - allen voran die Startschule des Projektes, das Christian-Doppler-Gymnasium Salzburg:

- den Helfenden Händen und Machern von INTERSOL und PLAGE; hier vor allem unseres Jugendreferenten MMag. Peter Machart und seiner Partnerin Mag. Andy Zocher;
- unseren indischen Partnern Deepak und Shirin Gadhia vom Eco-Center ICNEER und Janak und Jimmy McGilligan vom Barli Institute for Rural Women, Gujarat, Indien;
- sowie dem Konstrukteur des SK-14 Kochers, Dr.-Ing. Dieter Seifert samt seiner Frau Imma, ohne deren jahrzehntelangen Enthusiasmus das ganze Projekt nicht möglich wäre!



Jänner 2007

Infostände Ökostrombörse in Das Kino zum Film von Al Gore "An Inconvenient Truth"

Bis zu 342.000 ÖsterreicherInnen ließen sich den oscar-gekrönten Dokumentarfilm nicht entgehen.



Februar 2007

Infostand anlässlich der Energiesparmesse im SN-Gebäude

11. Mai 2007

Grenzblockade Grenzübergang Weigetschlag

Bei den heute stattfindenden zweistündigen Blockaden an 12 tschechisch-österreichischen Grenzübergängen kündigten die Organisatoren an, dass die Temelin-Grenzblockaden intensiviert werden. Grund für die ausgeweiteten Grenzblockaden: Die Tschechische Republik hat das Melker Abkommen gebrochen. Die mit Österreich vereinbarten Sicherheitsnachrüstungen wurden bis heute nicht umgesetzt. Nach wie vor bestehen gravierende Sicherheitsrisiken betreffend die hochenergetischen Leitungen auf

der 28,8m-Bühne, die fehlende Qualifikation der Sicherheitsventile und die Versprödung des Reaktorgefäßes. Tschechien hat damit das völkerrechtlich bindende Melker Abkommen gebrochen.

Stefanie Neff an der CZ-Grenze in Weigetschlag



Nachruf

Zwei nachhaltig engagierte und uns nahe Menschen, die ihr Ego weit hinter sich gelassen hatten, sind gegen Ende 2006 von uns gegangen. Da uns in der kurzen, der Werbung für Ökostrom gewidmeten Ausgabe PN 1/2007 der Platz fehlte, erinnern wir erst spät an sie.

Angelika Müllner-Pillwein

Am 24. Dezember 2006 ist Angelika nach mehrjährigem Krebsleiden gestorben.

Ihre starke und fröhliche Persönlichkeit verwunderte und tröstete uns bis zum Schluss. Es fällt uns

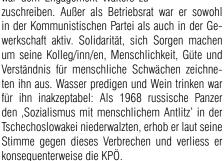


Angelika, die begeisterte Chorsängerin, war keine laute, dafür aber eine umso effektivere, konsequente und zielstrebige Anti-Atom-Kämpferin. "Wenn ich nicht mehr bin, werden meine Bäume noch stehen", ist in ihrer Parte zu lesen.

Wir haben dich zwar als liebenswerte Freundin und Weggefährtin verloren, du bleibst aber bei uns, wenn wir uns in deinem Sinne weiterengagieren.

Gerhild Kremsmair

Walter Lauber



Walter Lauber war auch einer jener kritischen und linken Gewerkschafter, die erkannt hatten, dass soziale Gerechtigkeit nur dann langfristig erzielbar ist, wenn es gelingt, in Frieden und in einer heilen Umwelt zu überleben. So engagierte er sich in der Ostermarsch- und in der Friedensbewegung. Gegen den Widerstand und das Unverständnis vieler seiner

Kollegen begann er sich mit der Frage der Atomkraftwerke auseinanderzusetzen und erkannte, dass AKW und Atombomben gefährliche Zwillinge sind. Er initiierte die "Gewerkschafter gegen AKW", und ihm ist die Neuorientierung auf die Alternativ- und Ökologiebewegung innerhalb der seinerzeitigen Gewerkschaftlichen Einheit (GE) zu verdanken."

Diesen Auszügen aus einem Nachruf von Walters Gewerkschaftskollegen Schani Margulies pflichte ich aus vollem Herzen bei. Meinerseits habe ich den hinkenden – gegen Kriegsende, meines Wissens im Widerstand verletzten - Betriebsrat mit dem gewellten vollen, weißen Haar und der gepflegten Stimme voll gezähmter Leidenschaft ab 1977 "vom anderen Ende", von der Umweltbewegung her kennengelernt, im Dachverband "Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG)". Eher aus der "anderen Reichshälfte" gekommen, beschämt es mich bis heute, dass ich erst in der konkreten Arbeit mit Menschen wie ihm - gebildet, einfühlsam, von tiefer Freundlichkeit für alles Lebende, prinzipientreu und dabei verbindlich im Umgang - mein primitives Bild von "den" Linken berichtigte. Und mich mehr und mehr von schematischen Einteilungen der Menschen in "rechts" und "links" u.ä. entfernte. Auch dank Walter Lauber habe ich gelernt, dass es in erster Linie gilt, machtkritisch zu sein, egal auf welche Weltanschauung die jeweilige Macht sich beruft.

Heinz Stockinger





Den deutschen "Ausstiegs-Aussteigern" bläst der Wind ins Gesicht SNOIS DEUTSCHLAND II

Der atomare Wendehals: Fall, Unfall, Vattenfall

Verharmlosungen, Vertuschungen, das alte Lied, als es unlängst in den vom schwedischen Konzern Vattenfall betriebenen Siedewassereaktoren Brunsbüttel und Krümmel zu Störfällen kam, die den deutschen Atombetreibern in Politik und Industrie just in ihrer jüngsten Kampagne zum "Ausstieg vom Ausstieg"



ordentlich dazwischenfunkte. Einer der hauptverantwortlichen Manager bei Vattenfall: Bruno Thomauske. Schließlich wegen seiner (Des)informationspolitik geschaßt. Auch der PLAGE kein Unbekannter: nahmen wir doch 2002(??) nach Übergabe tausender Einwände gegen das Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente beim süddeutschen AKW Gundremmingen am Erörterungstermin teil. Die damalige Rolle Thomauskes, und sein bezeichnender Rollentausch kurze Zeit später, im TAZ-Bericht am 2.10.2003:

,Sein Gesicht dürfte vielen AKW-AnliegerInnen noch vom Erörterungstermin in Erinnerung sein. Als Leiter der Projektgruppe beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter, in deren Hand die Genehmigung geplanter Atommüll-Zwischenlager an den AKW-Standorten liegt, reiste Bruno Thomauske in den letzten zwei Jahren durch die Republik.

Zigtausende von Einwänden gegen die Castor-Hallen hatten deren GegnerInnen vorgebracht: Unzureichender Schutz gegen Terror, keine Filter in den Lüftungsschlitzen, kein definierter Zeitpunkt, zu dem der abgestellte Atommüll weggebracht werde. Bruno Thomauske diskutierte, erörterte - und genehmigte. Für sieben Castor-Hallen gab das BfS bisher sein Okav.

Jetzt hat Thomauske die Seiten gewechselt. Statt bei der Aufsichtsbehörde BfS arbeitet er ab sofort als Prokurist bei Vattenfall Mining and Generation und der Vattenfall-Tochter Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW). Die betreibt zusammen mit E.ON unter anderem die AKWs Brunsbüttel, Krümmel, Brokdorf und Stade. "Ein ganz normaler Wechsel", sagt BfS-Sprecher Volker Schäfer.

Die Gegner der Zwischenlager sehen das anders. Sie werfen Thomauske Befangenheit vor. Eine "heiße Zelle" an jedem Zwischenlager etwa, in der defekte Castor-Behälter repariert werden könnten, habe er abgelehnt, sagt Helga Rinsky von der "Aktion Z" gegen das Zwischenlager am AKW Unterweser. Thomauskes Argument: Die Sicherheitseinrichtung sei den AKW-Betreibern aus Kostengründen nicht zumutbar. Und das BfS-Gutachten zur angeblichen Flugzeugabsturz-Sicherheit, so Rinsky, habe den in Bau befindlichen Airbus 380, der doppelt so viel Kerosin wie heutige Flieger

tanken könne, schlicht nicht berücksichtigt. Die unter Thomauskes Ägide erteilten Genehmigungen müssten daher gekippt werden. (...)'

Große Mehrheit in Deutschland für Beibehaltung des Atomausstiegs

Nach "Pannen, Täuschen und Vertuschen" in den Vattenfall-AKWs Krümmel und Brunsbüttel im heurigen Sommer werden die Bundesbürger noch weniger daran rütteln lassen: Bereits nach dem schweren Störfall im Sommer 2006 im schwedischen AKW Forsmark ermittelte das Institut Forsa im Auftrag des Bundesumweltministeriums, daß 71% der Deutschen das Unfallrisiko der Atomkraftwerke zu hoch ist und 62% finden, das Tempo des Atomausstiegs solle beibehalten oder sogar noch beschleunigt werden. (Quelle: Aussendung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 18.8.2006)

Komm. PN: Dem deutschen Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) ist zugutezuhalten, daß er den Atomausstieg offensiv und mit beachtlicher argumentativer Sattelfestigkeit verteidigt.

Samstag/Sonntag, 5./6. Mai 2007

"Kernenergie überwinden"

Der Berliner Oppositionsführer Friedbert Pflüger, CDU-Präsidiumsmitglied, kritisiert dass die Union in ihrem Entwurf für ein Grundsatzprogramm auf Kernkraft setzt.

SZ: Im Entwurf heißt es, dass Deutschland auf "absehbare Zeit" nicht auf Kernenergie verzichten kann. Warum sind Sie

damit nicht einverstanden?
Pflüger: Ich bin grundsätzlich froh über die weitgehenden Ziele, die wir zum Klimaschutz in diesem Entwurf formuliert haben. Das ganze Grundsatzpro-gramm ist durchaus eindrucksvoll. Es ist auch gut, dass keine Forderungen nach neuen Kernkraftwerken darin zu finden sind. Aber ich bin mit den Passagen zur Kernkraft bisher nicht zufrieden. Ich warne davor, eine Formulierung zu benutzen, die den beschlossenen Ausstieg aus der Kernkraft in Frage stellt.

SZ: Warum?

Pflüger: Die Energieunternehmen haben einem Kompromiss mit der Bundes-regierung zugestimmt. Das war zwar eine anders gefärbte Regierung. Aber des-halb sollten wir einen Schritt in die richtige Richtung nicht revidieren. Die Energiewirtschaft selbst hat das unterschrie ben und sich längst darauf eingestellt. Warum um Himmels Willen sollen wir dieses Paket aufschnüren?

SZ: Vielleicht, weil die ehrgeizigen Klimaziele sonst nicht

erreicht werden. Pflüger: Um das zu erreichen, brauchen wir eine Art Mann-auf-dem-Mond -Projekt: Energiesparen, Energieeffizienz, CO2-Abscheidung bei Kohle und Aus- Friedbert bau regenerativer Energien. Der dafür



Pflüger Foto: AP

Süddeutsche Zeitung5.5.2007

notwendige Innovationsschub wird ge-bremst, wenn wir jetzt wieder auf Nukle-arenergie setzen. Dennoch: Man kann als Ultima Ratio über eine begrenzte Verlängerung von Laufzeiten reden, es darf aber keinen Ausstieg aus dem Ausstieg geben

SZ: Einige Ihrer Parteifreunde halten neue Kernkraftwerke für nötig.

Pflüger: Dagegen spricht viel. Denken Sie an die ungeklärte Endlagerung. Hin-zu kommt das Problem der nuklearen Proliferation. Wir erleben doch in der Welt einen Run auf Nuklearwaffen, und fast überall beginnt der mit der friedli-chen Kernenergie. Zudem müssen wir an die Gefahren des Terrorismus denken. Nichts wäre schrecklicher als ein Angriff von Terroristen auf einen nuklearen Reaktor in Europa. Hinzu kommt das Restrisiko von Unfällen bei alternden Reaktoren. Wir wären also schlecht beraten, darauf zu verzichten, die Kernenergie in absehbarer Zeit zu überwinden.

SZ: Sie stehen damit gegen große Teile Ihrer Partei.

Pflüger: Ich stehe aber nicht ganz al-lein, denken Sie etwa an den angesehenen früheren Umweltminister Klaus Töpfer. Ich werde versuchen, in der offenen Diskussion über das Grundsatzprogramm eine Änderung zu erreichen

SZ: Welche Alternativen bieten Sie? Pflüger: Ich habe hier in Berlin einen esprächskreis mit anerkannten führenden Vertretern der ökologischen Bewegung und Vertretern der Energiewirt-schaft ins Leben gerufen. Wenn wir alle Kräfte bündeln und nicht falsche Fährten verfolgen, haben wir alle Chancen, die Energiewende zu meistern.

Interview: Jens Schneider



WAT EN FALL!

Endlich ist es gelungen, zusätzlich zum Gewinn auch die Veranwortung" "auszusursen" - beispielsweise wurden die AKW Brunsbüttel und Krümmel der schwedischen Firma Wattenfall gesamtheitlich übertragen. Zwei parallele Störfälle riefen jüngst die steigende Anfälligkeit genau dieser älteren AKWs und ihre bevorstehende Abschaltung ins Gedächtnis zurück - ja auch unser nie betriebenes AKW Zwentendorf stammt aus derselben Baureihe!

Was passiert aber dann, wenn sich eine wirkliche Katastrophe in einem dieser AKWs ereignen sollte? Wird Wattenfall deren unbeschreibbare Kosten tragen, wenn vielleicht Norddeutschland großteils unbewohnbar sein wird ... oder wird sich die Firma, wie anzunehmen, in einen schlichten Konkurs retten und die Verantwortung abzüglich Gewinn zugleich Deutschland zurückschenken?!

DI Max Ortner, 17.7.2007

BIBLIOTHEK

Weltmacht ENERGIE Herausforderung für Demokratie und Wohlstand



von P. Hennicke/Michael Müller, Wuppertal Institut, 2007.

Wer die Energie hat, hat die Macht. Dieses Buch zeigt eindrücklich, welche zentrale Rolle die Energie spielt – national und

noch mehr für die Ordnung unserer Welt. Der Appetit wächst ungezügelt weiter; alle wollen billige Energie im angeblich freien, tatsächlich aber hoch monopolisierten Wettbewerb. Wenn wir nicht umsteuern, drohen gigantische Energiemultis, Umweltkatastrophen, riskante Stromausfälle, neue atomare Bedrohungen und explosive Konflikte um knapper werdende Energie.

Wir stehen an einem Scheidepunkt. Die Menschheit muss entscheiden, wie sie die Weltmacht Energie einsetzen will: für Frieden und Wohlstand oder für die Zerstörung der Welt. Die Autoren zeigen, dass es Wege aus der Misere gibt. Deutschland kann dabei eine Vorreiterrolle einnehmen.

Eine Lösung der Energiefrage braucht den gestaltenden Staat, eine engagierte Zivilgesellschaft, kreative Ingenieure, qualifizierte Arbeitnehmer und verantwortungsgewusste Energiemanager, um die drei Zukunftssäulen Energiesparen, Effizienzsteigerung und Erneuerbare Energien aufzubauen. Entscheidend ist, die Weltmacht Energie zu demokratisieren. Dann können alle von ihr profitieren.

Prof. Dr. Peter Hennicke ist Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Er war Mitglied in drei Enquete-Kommissionen des deutschen Bundestages für Klima und Energie. Seit Mai 2002 gehört er zum Beraterstab des Global Environment Facility (GEF).

Michael Müller, MdB, ist Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Er war Mitglied mehrerer Enquete-Kommissionen und ist Bundesvorsitzender der deutschen Naturfreunde.

Kernenergie, Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Österreichisches Forum für Atomfragen (FAF), Wien 2007.

Umfassendes Argumentarium, gratis erhältlich in Deutsch und Englisch. Umweltminister Josef Pröll hatte das Forum



für Atomfragen (FAF), das einschlägige wissenschaftliche Beratungsgremium der Österreichischen Bundesregierung, ersucht, einen möglichen Beitrag der Kernenergie zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu prüfen.

Trotz nomineller Erhöhung der technischen Sicherheit von Kernkraftwerken belegt eine Vielzahl von "near-misses" ("beinah' schiefgegangen!"), dass Unfälle in der Praxis keineswegs ausgeschlossen werden können; gegen Terrorangriffe können Kernkraftwerke nur in sehr beschränktem Maße geschützt werden; Weiterverbreitung ist weiterhin ein ernstes Thema und eine verantwortbare, nachhaltige Lösung für den hochradioaktiven Abfall ist nicht in Sicht. Aber selbst wenn man all diese Probleme überginge, stünde Kernenergie nicht zeit gerecht zur Verfügung, um einen signifikanten Beitrag zur Lösung der Herausforderungen des Klimawandels und der Verknappung von Öl zu liefern. Sie ist nicht einmal billig - Energieeffizienz und alternative Energien sind ökologisch und ökonomisch günstiger. Für viele vielleicht überraschend: das spaltbare Uran würde bei einem signifikanten Ausbau der Kernenergie in wenigen Jahrzehnten verknappen – genauso wie das Öl. Der nukleare Ausweg wäre die Plutoniumwirtschaft – in diese Richtung gehen die neuen Reaktorkonzepte - mit allen damit verbundenen Gefahren und wesentlich erhöhten Risiken der Weiterverbreitung von Spaltmaterial.

Es besteht somit kein Grund, die österreichische Politik zu revidieren. Mit den Schwerpunkten Energieeffizienz und alternativen Energien ist Österreich am richtigen Weg.

TERMINE ...

21. September:

UNO Tag für Frieden in der Welt

In Salzburg: 16.00 Uhr: Einstimmung beim Friedenspfahl im Kurpark beim Kongresshaus - 19.00 Uhr: Festakt in der Wolf-Dietrich-Halle im Schloss Mirabell - ca. 20.30 Uhr: feierlicher Ausklang in der Johannes-Nepomuk-Kapelle. - Rahmenprogramm von Künstlergruppen unter dem Motto "SOG DER GEWALT" am Markatsteg und in der Salzach. Ehrenschutz: Bürgermeister Dr. Heinz Schaden ("Mayor for Peace").

Veranstalter: Netzwerk für Frieden und Gewaltfreiheit Salzburg, Pax Christi Salzburg, Öst. Frauenföderation für Weltfrieden, arge wehrdienstverweigerung & gewaltfreiheit und Dynamik5-proPolis. Kontakt: Elisabeth Riedl, Tel. 0650/8851988, friedensnetzwerk@gmail.com, www.friedensnetzwerk.org

18. - 20.10., Salzburg:

Nuclear-Free Future Award

(Preis für eine Atomfreie Zukunft)

In Salzburg tagte 1992 das World Uranium Hearing, hier wurde 1998 zum ersten Mal der Nuclear-Free Future Award verliehen, hierher kehrt der Preis zur 10. Verleihung zurück. Der Nuclear-Free Future Award wird jährlich an wechselnden Orten verliehen und würdigt Menschen weltweit, die sich für eine Zukunft ohne Atomwaffen und ohne Atomstrom einsetzen. Nach der festlichen Verleihung am 18. Oktober 2007 in der Residenz werden alte und neue Preisträger, Jurymitglieder und Berater einen Tag der Vernetzung

untereinander und mit NGOs widmen. Abends folgt der Österreich-Premiere des Films *Poison Dust* eine Podiumsdiskussion zum Thema Depleted Uranium. Am Samstag, 20.10., gibt es ein ganztägiges Symposium "Klimawandel – nein danke, Atomkraft – ja bitte?"



Samstag, 17. 11., Salzburg:

Last Exit: Energiewende!

Tagung der Grünen Wirtschaft, gemeinsam mit ihrer Schwesterorganisation »UnternehmensGrün« aus Deutschland. Thema sind die wirtschaftlichen Folgewirkungen des Klimawandels und die Chancen der Energiewende für Österreichs Wirtschaft. Als prominenter Gast hat bereits Hermann Scheer, Träger des Alternativen Nobelpreises, fix zugesagt.

Download – Bei Wunsch nach rechtzeitiger persönlicher Einladung zur Tagung e-Post an: office@gruenewirtschaft.at

IMPRESSUM

PLATTFORM

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. Redaktion: Heinz St

(PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. **Redaktion**: Heinz Stockinger, Peter Machart, Maria Fellner, Thomas Neff, Gerhild Kremsmair. **Vereinsadresse, Redaktion**: 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567. **Bürozeiten**: Mo–Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr, e-mail: info@plage.cc. **Blattlinie**: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen. **Herstellung**: Bubnik-Druck, Ebenau

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966 Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665

Die Plage News (PN) erscheint mindestens 4 mal pro Jahr, die genaue Zahl und Erscheinung variieren aber aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

PLAGE

Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).
Homepage: www.plage.cc